



## Niederschrift

über die  
10. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses  
am 03.11.2015  
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

### Teilnehmer:

#### Mitglieder des Kreistages

Abg. Willi Bargfrede  
Abg. Hedda Braunschuriger  
Abg. Kurt Buck  
Abg. Dirk Detjen  
Abg. Angelika Dorsch  
Abg. Erich Gajdzik  
Abg. Wolfgang Harling  
Abg. Gerhard Holsten  
Abg. Marianne Knabbe  
Abg. Thomas Lauber  
Abg. Klaus Mangels  
Abg. Gerhard Oetjen  
Abg. Bernd Sievert

Vertretung für Abgeordneten Uwe Lüttjohann

Vertretung für Abgeordnete Elke Twesten

#### Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann  
KR Sven Höhl  
Gleichstellungsbeauftragte Ute Pommerien  
Dipl. Kfm. Axel Bolz  
VA Rainer Bruns  
Frau Annette Panzer

### Tagesordnung:

#### a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Finanzausschusses am

06.05.2015

- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
  - 5 Einbringung Haushaltsplan 2016  
Vorlage: 2011-16/1169
  - 6 Vergleichender Bericht des Landesrechnungshofes vom 01.07.2015 über die Finanzstatusprüfungen bei 19 Landkreisen für die Jahre 2010 bis 2012  
Vorlage: 2011-16/1170
  - 7 Anfragen
- b) nichtöffentlicher Teil**
- 8 Berichte und Anfragen

**a) öffentlicher Teil**

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vorsitzender Holsten** eröffnet um 14.30 Uhr die 10. Sitzung des Finanzausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Vertreter der Verwaltung sowie der örtlichen Presse.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird **einstimmig** in vorgenannter Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Finanzausschusses am 06.05.2015**

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Finanzausschusses am 06.05.2015 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Landrat Luttmann** teilt mit, dass am gestrigen Tag wiederum 150 Flüchtlinge die Notunterkunft Visselhövede erreicht hätten. Aufgrund der ständigen Fluktuation sei die Einrichtung nicht überbelegt. Insgesamt habe man bereits 650 Personen aufgenommen.

**Kreisrat Höhl** prognostiziert, dass der Haushalt 2015 im Ergebnis voraussichtlich ausgeglichen sein werde. Die Kreditermächtigung in Höhe von 8,4 Mio. € müsse jedoch vermutlich zur Finanzierung von Ausgaberesten in das Jahr 2016 übertragen werden.

Der Ergebnishaushalt 2016 habe zwar erheblich an Volumen zugenommen, schließe nach derzeitigem Stand noch ausgeglichen ab. Der Finanzhaushalt dagegen könne erst durch eine Kreditaufnahme von ca. 7,5 Mio. € ausgeglichen werden.

Durch gestiegene Steuerkraftentwicklung auf Kreisebene sowie positiver Steuerverbundabrechnung werden sich die Einnahmen aus Schlüsselzuweisung und Kreisumlage auf einem hohen Niveau bewegen und erstmals vermutlich die Summe von 121 Mio. € übersteigen.

Weiterhin seien erhebliche Mittel für die Krankenhäuser aufzubringen. Ebenso steigen die Aufwendungen für die Kinderbetreuung und entsprechen für 2016 etwa 3,5 %-Punkte Kreisumlage. Die größte Unbekannte seien jedoch die Einnahmen/Ausgaben für Asylbewerber und Flüchtlinge. Bisher erfolge eine pauschale Kostenerstattung nach den Fallzahlen des Vorjahres. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes habe man mit einer Erstattung von 15,6 Mio. € für Leistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz (Produkt 31.3.01) gerechnet. Nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land sei jedoch mit einer um 9,6 Mio. € geringeren Landeserstattung in Höhe von 6 Mio. € zu rechnen. Insofern verschlechtere sich das Ergebnis um 9,6 Mio. €.

Die Personalkosten würden absolut zwar ansteigen von 46,2 auf 46,8 Mio. €, jedoch prozentual betrachtet sinken von 18,9 auf nunmehr 17,4 %. Die Kostenerhöhung beruhe auf Tarifsteigerungen sowie auf 12,9 zusätzliche Stellen.

Die freiwilligen Leistungen würden seit 2013 mehr als 3 % der Aufwendungen des Ergebnishaushaltes ausmachen. Diese Quote müsse unbedingt weiter beobachtet werden.

Die Investitionen betreffen vorwiegend den Schulhaushalt und hier insbesondere die Kreisschulbaukasse. Allein die Netto-Belastung hieraus beträgt im Jahre 2016 fast 9,6 Mio. €. Erst nach erfolgter Umstellung wird sich der Beitrag deutlich reduzieren.

Die Verschuldung werde Ende 2016 etwa die Höhe von 55 Mio. € erreichen. Aufgrund der dargelegten Risiken sei kaum Handlungsspielraum vorhanden. Erst wenn die Auswirkungen der Flüchtlingskrise bekannt, die Restrukturierung der Krankenhäuser sowie die Umstellung der Kreisschulbaukasse abgeschlossen seien, sei abschätzbar, inwieweit sich die finanziellen Möglichkeiten verbessern würden. *(Die Graphiken zum Vortrag von KR Höhl sind im Sitzungsdienstprogramm Session hinterlegt.)*

**Abg. Harling** dankt für den anschaulichen Vortrag. In Anbetracht der rasant steigenden Flüchtlingszahlen wäre es fast schon angebracht gewesen, im letzten Jahr die Kreisumlage stärker zu erhöhen. Er befürchtet, dass der vorliegende Haushalt im Punkt Asylbewerber bereits Makulatur sein könnte. Er begrüßt den voraussichtlichen Anstieg der Pauschalzahlung, möglicherweise sei sie ausreichend; bedenklich sei jedoch die nötige Vorfinanzierung durch den Landkreis.

Die zu den Krankenhäusern gefassten Beschlüsse seien keine billigen Lösungen gewesen, das sei allen Abgeordneten klar gewesen. Auch die Kommunen hätten sich solidarisch erklärt und keine überzogenen Forderungen gestellt. Die Änderungen zur Kreisschulbaukasse seien Thema im Schulausschuss. Bildung sei unsere Zukunft und daher von der Politik vor Ort genau zu betrachten. Es sei von der Verwaltung vernünftig, in Anbetracht einiger Großinvestitionen die übrigen Investitionen herunterzufahren. Der Anstieg der Verschuldung auf etwa 55 Mio. € in den nächsten Jahren betrachte er als bedenklich; die Verwaltung müsse in den Folgejahren entsprechend sparsam wirtschaften. Er, so **Abg. Harling**, sehe für die nahe Zukunft kaum Handlungsspielraum. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise sei eine gesamtstaatliche Aufgabe, Schuldzuweisungen würden nicht helfen.

Der vorliegende Entwurf, so **Abg. Gajdzik**, sei auch der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geschuldet. Das Haushaltsvolumen steige von Jahr zu Jahr stetig an. Es sei nicht abzusehen wohin die Ausgaben für Flüchtlinge gehen, wenn Bund und Land die Registrierung nicht in den Griff bekommen. Der Bürgerentscheid zu den Rettungswachen belaste den Haushalt jährlich mit etwa 1,6 Mio. € seit 2009. Ein besonderes Problem bei der Kreisschulbaukasse stellen seiner

Ansicht nach die verschiedenen Schulsysteme dar. Der Reformvorschlag sei gut. Ebenfalls begrüße er die Beibehaltung des Kreisumlagehebesatzes. Abschließend dankt er der Verwaltung für den gut aufgestellten Haushaltsentwurf 2016.

**Abg. Sievers** stellt sich zur Residenzpflicht der Flüchtlinge die Frage, wo diese Menschen hin-sollten.

Zum Thema Kosten der Rettungswachen sei seiner Meinung nach genug gesagt, man müsse dem Bürger nicht immer die Extrakosten vorhalten. Hierzu bemerkt **Vorsitzender Holsten**, dass der eigentliche Fehler darin liege, dass der Rettungsdienst nicht kreisübergreifend organisiert sei. **Landrat Luttmann** erinnert, dass zur Finanzierung seinerzeit die Kreisumlage um einen Punkt angehoben worden sei und die Bevölkerung somit die Mehrkosten zahle.

Zum Flüchtlingsthema erklärt **Landrat Luttmann**, dass es zwar für den Landkreis günstig sei, wenn die Flüchtlinge die Notunterkunft in Visselhövede wieder verlassen würden; es sei aber nicht akzeptabel, dass zehntausende Menschen sich in der Bundesrepublik aufhielten, ohne dass bekannt sei, um wen es sich handele und wo sie sich aufhalten würden, weil die notwendige Registrierung fehle. Dieses Manko sei möglichst umgehend zu beheben.

**Abg. G.Oetjen** äußert sich kritisch zur Neuschuldung des Landkreises und bittet um Kenntnisnahme, dass es sich bei dem Betrag um ein Plus von fast 40 % handele; das sei gewaltig und mache eine künftige Zurückhaltung wünschenswert.

**Abg. Dorsch** erklärt zum Thema Kreisschulbaukasse, dass geplante Investitionen nicht weiter verschoben werden dürften. Unabhängig von der Schulform verursache jede Schule ihre Kosten.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, bringt der Vorsitzende Holsten den vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2016 zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2016 (Stand 19.10.2015) zur Kenntnis und verweist ihn in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Vergleichender Bericht des Landesrechnungshofes vom 01.07.2015 über die Finanzstatusprüfungen bei 19 Landkreisen für die Jahre 2010 bis 2012**  
**Vorlage: 2011-16/1170**

---

**Kämmerer Dipl.-Kfm. Bolz** erinnert an den im Finanzausschuss am 10.12.2014 vorgelegten Bericht zur Finanzstatusprüfung durch den Landesrechnungshof. Nunmehr liegt der vergleichende Bericht des Landesrechnungshofes vor. Darin werden die Ergebnisse bzw. Haushalts- und Rechnungsdaten aller 19 geprüften Landkreise dargestellt, um eine Einordnung und Bewertung der wirtschaftlichen Lage vornehmen zu können. Die Leistungsfähigkeit der Kommunen werde anhand von Kennzahlen analysiert.

Ein Vergleich sei nicht immer möglich gewesen, da in anderen Landkreisen die Aufgaben zwischen Landkreis und Kommunen verschieden verteilt oder auch Leistungen in der Verwaltung verschiedenen Produkten zugeordnet seien. In fast allen Vergleichsfällen habe der Landkreis Rotenburg einen vorderen Rang eingenommen.

Zu den formalen Prüfungsergebnissen sei festzuhalten, dass kein Landkreis den Haushaltsplan fristgerecht zum 30.11. des Vorjahres aufgestellt habe; nur wenige Jahresabschlüsse seien fristgerecht zum 31.3. des Folgejahres erfolgt und erst vier Gesamtabschlüsse würden vorliegen. (*Graphische Darstellungen zu den Ausführungen von Dipl.-Kfm. Bolz sind im Sitzungsdienstprogramm hinterlegt.*)

**Abg. G. Oetjen** erkundigt sich nach den vorgenannten Fristenvorgaben. Dazu erläutert der **Landrat**, dass die Fristen sich aus dem Gesetz ergeben würden, jedoch notwendige Informationen wie z.B. Orientierungsdaten nicht zeitnah durch das Land vorgelegt würden.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anfragen**

**Abg. Dorsch** bittet um Auskunft, wann mit einer Auszahlung der Mittel für die von den Kommunen in Eigenregie durchgeführten Sprachförderungsmaßnahmen für Asylbewerber zu rechnen sei. Hierzu erklärt der **Landrat**, seines Wissens seien die Bescheide verschickt und die notwendigen Auszahlungen würden somit umgehend erfolgen. Er werde den aktuellen Stand in der Sache im morgen tagenden Kreisausschuss berichten.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt und da allgemein erklärt wird, dass auch für den nicht-öffentlichen Teil kein Informationsbedarf besteht, schließt der **Vorsitzende Holsten** mit einem Dank für die Mitarbeit die Sitzung um 15.55 Uhr.

*gez. Holsten*

Vorsitzender

*gez. Luttmann*

Landrat

*gez. Panzer*

Protokollführer